

Antrag April 2016

Potsdam, 18.04.2016

Studienkolleg einrichten, um Migranten Hochschulzugang zu ermöglichen – hierzu Finanzierung durch den Bund nutzen

Beschlussvorschlag:

Die Landesregierung wird gebeten, von der Verordnungsermächtigung des § 10 Brandenburgisches Hochschulgesetz Gebrauch zu machen und mindestens ein Studienkolleg an einem geeigneten Hochschulstandort einzurichten. Die angebotenen Schwerpunkte und der Anteil der in diesen Schwerpunkten jeweils angebotenen Plätze sollen sich an der Zahl/Verteilung der in Brandenburg angebotenen Studienplätze in den entsprechenden Fachrichtungen orientieren.

Die Landesregierung wird ferner gebeten, sich mit der Bundesregierung ins Benehmen zu setzen, um die Möglichkeiten der Inanspruchnahme angekündigter Finanzierungshilfen zur Schaffung neuer Studienkollegplätze zu verhandeln.

Begründung:

Die Schaffung eines Studienkollegs in Brandenburg:

- dient der Umsetzung integrationspolitischer Zielsetzungen von Bund und Land,
- hilft bei der Integration von Migranten und Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt,
- bringt langfristig zusätzliche Fachkräfte für die Wirtschaft und Steuerzahler für das Land,
- schafft unmittelbar Arbeitsplätze im Bildungsbereich,
- kann durch entsprechende Unterstützung vom Bund recht kostenarm realisiert werden.

In den vergangenen Jahren sind immer mehr junge Einwanderer nach Brandenburg gekommen. Viele von ihnen hatten in ihrer Heimat eine Hochschulzugangsberechtigung, die in Deutschland jedoch erst nach Besuch des Studienkollegs anerkannt wird.

Seit 2010 wird jedoch in Brandenburg kein Studienkolleg mehr betrieben. Das an der BTU Cottbus unterhaltene Programm „Brücke zum Studium“ verlangt im Gegensatz zum Studienkolleg bereits als Anmeldevorraussetzung eine in Deutschland anerkannte Hochschulzugangsberechtigung. Daher

haben viele junge Migranten und Flüchtlinge aktuell keine Möglichkeit, in Brandenburg ihre Hochschulzugangsberechtigung anerkennen zu lassen. Hunderten jungen Menschen bleibt daher der Zugang zum Studium verschlossen. Die Berliner Studienkollegs sind überfüllt und können somit auch nicht als „Ersatz“ für ein in Brandenburg benötigtes herhalten. Gleichzeitig sucht die Wirtschaft nach Fachkräften und Akademikern.

Zugleich ist es einmütiges Ziel der allermeisten politischen Akteure im Land, die Integrationsbemühungen zu unterstützen und Potenziale von Einwanderern zu nutzen. Dabei wurde wiederholt das Problem der niedrigen Anerkennungsquote ausländischer Abschlüsse samt der damit einhergehenden Schwierigkeit der Eingliederung in den Arbeitsmarkt als Herausforderung benannt.

Die Bundesregierung hat sich angesichts der hohen Flüchtlingszahlen im September 2015 das Ziel gesetzt, bundesweit 2.400 zusätzliche Studienkolleg-Plätze zu schaffen und zu finanzieren. (<https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Interview/2015/09/2015-09-17-wanka-zeit.html>) Die in Brandenburg zu erwartenden Kosten in der Größenordnung von ca. 1 Mio. Euro pro Jahr würden im Falle einer anteiligen Kostenübernahme durch den Bund den Landeshaushalt kaum belasten. Brandenburg sollte daher diese Möglichkeit nutzen, um die Integration durch Bildung zu fördern und so zu ermöglichen, dass Fachkräfte für die brandenburgische Wirtschaft ausgebildet werden können.

Die aktuelle Situation ist mit der Zeit bis zum Jahr 2010, als das seinerzeitige brandenburgische Studienkolleg geschlossen wurde, in keiner Weise vergleichbar.

Péter Vida
für die Gruppe BVB/ FREIE WÄHLER